

Bundesrat hat sich diesem Konzept angeschlossen. Er hat immer eine Abgabe von 0,2 bis 0,3 Rappen pro Kilowattstunde vertreten. Nun hat sich die Einigungskonferenz auf 0,3 Rappen geeinigt. Ich weiss, dass sich in diesem Rat eine grosse Mehrheit mit allerhöchstens 0,2 Rappen einverstanden erklären könnte.

Jetzt ist aber der Moment gekommen, in dem ich Sie im Namen des Bundesrates ersuchen will, dem Kompromissantrag der Einigungskonferenz zuzustimmen. Dies deswegen, weil es um den Umbau geht, der auch für eine spätere ökologische Steuerreform notwendig ist, eine ökologische Steuerreform, die der Bundesrat im Grundsatz beschlossen hat und die er einführen will. Diese Vorlage wird ohnehin umstritten sein, ob es nun 0,2 oder 0,3 Rappen pro Kilowattstunde sind. Wenn Sie den Kompromissantrag der Einigungskonferenz nicht annehmen, oder wenn die Vorlage in einer Volksabstimmung keine Gnade findet, wird das ein Rückschlag für die Bemühungen um eine ökologische Steuerreform sein.

Es ist immerhin zu erwähnen, dass dieser Antrag im Gegensatz zur Solar-Initiative der Stellung der Wasserkraft in diesem Lande auch etwas bringt. Es wird hier einiges Geld für die Erneuerung und die Erhaltung der Wasserkraft zur Verfügung stehen, das heute nicht zur Verfügung steht und das selbst bei Annahme der Solar-Initiative nicht zur Verfügung stehen würde. Das betrifft auch die nichtamortisierbaren Investitionen und hat alles einen Zusammenhang mit der Strommarkliberalisierung.

Würden Sie dem Kompromissantrag nicht zustimmen, würden Sie bei der Strommarkliberalisierung in der parlamentarischen Beratung in Schwierigkeiten kommen, weil dann nämlich versucht würde, diese Anliegen dort unterzubringen. Das wäre aber sehr viel schwieriger, als diesen Beschluss hier so, wie er Ihnen von der Einigungskonferenz beantragt wird, zu erlassen.

In diesem Sinne ersuche ich Sie im Namen des Bundesrates, dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen.

Art. 24 Abs. 1 – Art. 24 al. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Einigungskonferenz	23 Stimmen
Dagegen	18 Stimmen

Art. 24 Abs. 5, 6 – Art. 24 al. 5, 6

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

99.401

Parlamentarische Initiative (UREK-SR)

Förderabgabebeschluss

Initiative parlementaire (CEATE-CE)

Arrêté sur une taxe d'encouragement en matière énergétique

Différences – Divergences

Siehe Seite 868 hiervor – Voir page 868 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 5. Oktober 1999

Décision du Conseil national du 5 octobre 1999

Antrag der Einigungskonferenz vom 5. Oktober 1999

Proposition de la Conférence de conciliation du 5 octobre 1999

Bundesbeschluss über eine Energieabgabe zur Förderung des wirksamen Energieeinsatzes und der erneuerbaren Energien

Arrêté fédéral concernant une taxe sur les énergies non renouvelables destinée à encourager une utilisation rationnelle de l'énergie et le recours aux énergies renouvelables

Art. 4

Antrag der Einigungskonferenz

.... 0,3 Rappen pro Kilowattstunde.

Art. 4

Proposition de la Conférence de conciliation

.... 0,3 centime par kilowattheure.

Art. 16

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Plattner Gian-Reto (S, BS), Berichterstatter: Ich verstehe die leichte Unruhe im Plenum, aber wir sollten das Geschäft jetzt noch ganz zu Ende bringen. Ich weise den Präsidenten darauf hin, dass die Summe von 450 Millionen Franken in Artikel 24 Absatz 6 der Übergangsbestimmungen, über die wir eben abgestimmt haben, natürlich zum Antrag der Einigungskonferenz gehört. Das ist eine rechnerische Grösse, muss aber bedacht werden.

Beim Förderabgabebeschluss erübrigt sich eine Diskussion um Artikel 4, denn wir haben in der Verfassungsnorm 0,3 Rappen pro Kilowattstunde beschlossen und müssen das hier nachtragen. Es bleibt noch die Differenz in Artikel 16 des FAB zu beraten. Hier geht es um die Zeitdauer des FAB, nicht der Erhebung der Abgabe. Nachdem wir bezüglich der Abgabedauer zehn Jahren zugestimmt haben, ist es vernünftig, den FAB noch während fünf Jahren nach Ablauf der Kompetenz zur Erhebung weiterlaufen zu lassen. Die Einigungskonferenz ist einstimmig, ohne Diskussion, dieser Logik gefolgt.

Wenn je ein referendumsfähiger Bundesbeschluss gefasst und die Förderabgabe verlängert würde, müsste auch hier eine weitere Verlängerung beschlossen werden.

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

Parlamentarische Initiative (UREK-SR) Förderabgabebeschluss

Initiative parlementaire (CEATE-CE) Arrêté sur une taxe d'encouragement en matière énergétique

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1999
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	99.401
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.10.1999 - 08:20
Date	
Data	
Seite	948-948
Page	
Pagina	
Ref. No	20 046 853